

„Wir müssen unser Steuer- und Finanzsystem in den nächsten Jahren radikal ökologisieren“

In Form von umweltschädlichen Subventionen fließen in Deutschland jedes Jahr 40 Milliarden Euro in die falsche Richtung. Wird das geändert, kann die Neuverschuldung auf null sinken und eine ökonomische Effizienzrevolution beginnen. Nur dann ist das Ziel von 95 Prozent weniger CO₂-Ausstoß zu schaffen, sagt Damian Ludewig vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

Umwelt aktuell: Herr Ludewig, wann sind Subventionen umweltschädlich?

Damian Ludewig: Wenn sie unökologisches Handeln bei VerbraucherInnen oder Unternehmen belohnen – wie zum Beispiel die Subventionszahlungen für den Steinkohlebergbau oder die Energiesteuerausnahmen für das produzierende Gewerbe. Das sind wettbewerbsverzerrende staatliche Ausgaben und Steuerausnahmen, die sich auf über 40 Milliarden Euro im Jahr summieren. Wenn wir die abbauen würden, gäbe es keine Neuverschuldung mehr, aber eine gewaltige Effizienzrevolution in der Wirtschaft.

Wer sind dabei Ihre Verbündeten? Die FDP und der Bund der Steuerzahler?

Leider beide kaum – auch wenn wir versuchen, sie zu gewinnen. Die FDP ist gegen die Steinkohlesubventionen – das war es auch schon. Die Partei hat kein klares ordnungspolitisches Profil und macht viel zu oft Klientelpolitik, die sie dann als wirtschaftspolitische Vernunft oder ökonomischen Sachzwang verkaufen will. Mehr Erfolg haben wir bei CDU-Haushaltspolitikern – und natürlich bei den Grünen.

Ist „grüner“ Subventionsabbau nicht sozial ungerecht, wenn Ärmere sich keine teure Ökotechnik leisten können?

Nun, dass Ärmere sich weniger leisten können, ist per Definition so – sonst wären sie nicht ärmer. Wer das ändern will, muss Vermögen und Einkommen besteuern und umverteilen. Das schließt sich überhaupt nicht gegenseitig aus. Gerade Ärmere sind auf den ökologischen Wandel angewiesen, weil sie hohe Nebenkosten durch schlecht gedämmte Häuser und hohe Stromrechnungen durch alte, ineffiziente Kühlschränke haben. Auch von den Umweltfolgen werden Ärmere am stärksten getroffen – erst recht die wirklich Armen in Entwicklungsländern. Will man aktive Umverteilungspolitik nicht anfassen und die bestehende Ungleichverteilung zumindest nicht verschärfen, dann sollte man sich auf den Abbau solcher Subventionen konzentrieren, von denen vor allem Menschen mit höherem Einkommen profitieren. So könnte man durch das Abschmelzen des Dienst- und Firmenwagenprivilegs etwa drei Milliar-

den Euro im Jahr sparen und die Anreize für den Kauf umweltfreundlicherer Fahrzeuge deutlich verbessern. Arbeitslose fahren keine Dienstwagen.

Wir haben ja schon Ökosteuer und Emissionshandel. Genügt das nicht für die Lenkungswirkung?

Ganz und gar nicht, zumal auch der Emissionshandel noch viel zu schwach ausgestaltet ist. Wir müssen die Zertifikate deutlich verknappen und zu 100 Prozent versteigern, um die Klimaziele zu erreichen und um ungerechtfertigte Mitnahmeeffekte zu vermeiden. Und selbst bei den umweltbezogenen Steuern ist noch viel zu holen. In Deutschland geht ihr Anteil insgesamt zurück und liegt klar unter dem europäischen Durchschnitt. Die Steuer auf Heizstoffe ist bei uns zum Beispiel mit sechs Cent pro Liter deutlich niedriger als in den meisten anderen europäischen Ländern, wo sie bis zu 42 Cent beträgt. Wir sollten aber auch über Energie hinaus über die Besteuerung natürlicher Ressourcen nachdenken – etwa bei den Baustoffen, die zwei Drittel des Ressourcenverbrauchs in Deutschland ausmachen.

Gibt es Beispiele, wo das schon gut funktioniert?

Ja, auch hier gibt es zahlreiche europäische Vorbilder, etwa Dänemark oder Großbritannien. Deutschland ist – anders als meist gefühlt – keineswegs überall Vorreiter beim Umweltschutz.

Ist es nicht gefährlich, alles in Geld auszudrücken? Naturzerstörung sollte doch am besten verboten sein.

Bei der Besteuerung von Umweltverbrauch muss man immer klarmachen, dass das Beziffern und In-Rechnung-Stellen von Naturschäden eine Hilfskrücke ist, damit der Markt nicht blind gegenüber der Natur agiert. Das sollte aber immer als Mindestforderung und nicht als Ideallösung angesehen werden. Letzten Endes lässt sich Natur nicht adäquat in Geld ausdrücken. Verbote sind da angesagt, wo man Verhalten ganz unterbinden will, aber bei Phänomenen wie dem CO₂-Ausstoß macht das wenig Sinn. Meist geht es nicht um „ganz oder gar nicht“, sondern um das richtige Maß. Da sind dann Steuern oder Zertifikatsysteme das Mittel der Wahl. Und auch bei Verboten

stellt sich ja die Frage, was passiert, wenn jemand gegen das Verbot verstößt. Dann ist man schnell wieder dabei, die Strafe in Geld auszudrücken.

Kann aber ein Konzept funktionieren, bei dem die positiven Wirkungen für den Einzelnen nicht konkret fassbar sind?

Es ist natürlich schwieriger, wenn die breite Masse von einer Regelung profitiert, das aber gar nicht richtig merkt. Man kann versuchen, das dadurch zu ändern, dass man umweltschädliche Ausgaben gezielt umwidmet oder die Einnahmen von Umweltsteuern für ökologische Zwecke verwendet – dann werden auch die Profiteure besser sichtbar. Wenn man also die Einnahmen von Heizölsteuern in die Gebäudesanierung steckt, die Kohlesubventionen für erneuerbare Energien ausgibt oder statt in den Straßenbau in die Schieneninfrastruktur investiert. Ich habe aber den Eindruck, dass in Zeiten der Klima- und Schuldenkrise auch die Bereitschaft für politische Maßnahmen zum Erreichen eher abstrakter Ziele wie Klimaschutz oder Haushaltskonsolidierung zunimmt.

Was wünschen Sie sich von Umweltverbänden?

Sie sollten den Mut haben, den Leuten reinen Wein einzuschenken. Eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 95 Prozent werden wir gegen die fundamentalen ökonomischen Anreize nicht schaffen. Wir können nicht alles über Verbote regeln – und nur über zusätzliche Staatsausgaben zu gehen, da ist schon die Schuldenbremse vor. Wir müssen also auch unser Steuer- und Finanzsystem in den nächsten Jahren radikal ökologisieren.

[Interview: Matthias Bauer]

Der Volkswirt Damian Ludewig ist Geschäftsführer beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 762399130, E-Mail: damian.ludewig@foes.de, foes.de, www.foes.de

